

Wichtig: Bei Vorabanmeldung per Fax oder Mail muss die Anmeldung in jedem Falle postalisch nachgesandt werden.

Anmeldeformular und Fernunterrichtsvertrag

Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht (ZAR)

Daten der Teilnehmerin / des Teilnehmers

Anrede	<input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr		
Name:		Geburtsdatum:	
Vorname:		Geburtsort:	
Straße / Nr. :		Telefon:	
Postleitzahl:		Mail:	
Ort:		Land / Staat:	

Ggfls. abweichende Rechnungsanschrift:	
--	--

Letzter schulischer Abschluss:	
Ausbildung / Studium:	

<input type="checkbox"/>	(Bitte ankreuzen, wenn gewünscht) Ich beantrage eine Sonderzulassung, da ich nicht über die in diesem Vertrag aufgezählten Zulassungsvoraussetzungen verfüge (Bitte auf gesondertem Blatt begründen: Welche beruflichen oder außerberuflichen Erfahrungen oder Fähigkeiten stellen sicher, dass Sie das Lehrgangziel erreichen?).
--------------------------	---

Das Lehrmaterial wird mir online über das Internet zum Lesen, Downloaden und Drucken zur Verfügung gestellt.		
<input type="checkbox"/> Ich bestelle jedoch zusätzlich das Unterrichtsmaterial in Papierform als Ringbuchordner zum Preis von 150,00 € (Bitte ankreuzen, wenn gewünscht).		
Die Weiterbildung soll beginnen am (Bitte ankreuzen):	<input type="checkbox"/> sofort / schnellstmöglich	<input type="checkbox"/> am:

§ 1 Lehrgangsveranstalter und Vertragspartner

Lehrgangsveranstalter und Vertragspartner ist das ZAR, Wendalinus-Str. 2, 66606 St. Wendel, in der Rechtsform der natürlichen Person, vertr. d. den Inhaber H.-W. Spreizer.

§ 2 Staatliche Zulassung

Dieser Fernlehrgang ist für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland durch die staatliche Zentralstelle für Fernunterricht staatlich zugelassen (Zulassungsnummer 7353219).

§ 3 Lehrgangziel

Der Lehrgang „Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht“ dient der Erlangung eines fundierten juristischen Basiswissens im Recht der Anwaltsvergütung. Er eignet sich zur erstmaligen Einarbeitung, zur Vertiefung und zur Wiederholung oder Auffrischung vorhandener Kenntnisse etwa nach längerer beruflicher Pause. Der Lehrgang befähigt zur Erstellung oder Überprüfung anwaltlicher Vergütungsrechnungen und zur Stellung sachgemäßer Anträge im Kostenfestsetzungsverfahren.

§ 4 Lehrgangsinhalt

Der Lehrgangsinhalt wird in Form von Skripten und einem Lernkontrollsystem mit Fragen und Antworten und einem Fallrepetitorium präsentiert. Zusätzlich erhält der Teilnehmer 3 Einsendeklausuren. Die Klausurlösung übersendet der Teilnehmer an das ZAR zur Korrektur. Die Einreichung der Klausuren ist Pflicht. Die Bewertung mit Korrekturanmerkungen und Hilfen erhält er innerhalb von 14 Tagen. Ein begleitender Unterricht ist nicht vorgesehen. Das Lehrmaterial wird zu Beginn des Lehrgangs zugänglich gemacht und durch mehrjährlich erscheinende Newsletter um aktuelle Rechtsprechung, Gesetzesänderungen und Gesetzgebungsverfahren ergänzt.

Neben einer allgemeinen Einführung ins Recht wird der wesentliche Inhalt folgender Gesetze vermittelt: Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) einschließlich des Vergütungsverzeichnisses (VV RVG); Gerichtskostengesetz (GKG) und Gesetz über die Gerichtskosten in Familiensachen (FamGKG), soweit dies für die Berechnung des Gegenstandswerts der Anwaltsvergütung bei Wertgebühren erforderlich ist;

Nicht zum Lehrgangsinhalt gehört die Vermittlung von Kenntnissen der Vergütung von Steuerberatern und Notaren.

Den Teilnehmenden wird das Lehrmaterial online über das Internet zur Verfügung gestellt. Einsendeklausuren können per Mail oder postalisch übersandt werden. Gegen einen Aufpreis kann das Lehrmaterial auch in Papierform zur Verfügung gestellt werden. Nicht im Lehrmaterial enthalten sind die Gesetzestexte. Diese müssen sich die Teilnehmenden selbständig und auf eigene Kosten beschaffen.

Nach erfolgreichem Abschluss des Lehrgangs erhalten die Teilnehmenden ein institutsinternes Zeugnis mit der Prüfungsnote und eine Bescheinigung über die in den Einsendeklausuren erreichten Bewertungen.

§ 5 Lehrgangsdauer

Der Lehrgang dauert 4 Monate (Regeldauer) und beansprucht eine wöchentliche Bearbeitungszeit von ca. 8 Stunden. Durch geringeren oder erhöhten wöchentlichen Zeitaufwand kann die tatsächliche Dauer länger bzw. kürzer sein. Jedoch gilt der Lehrgang nach 6 Monaten als beendet (Höchstdauer des Lehrgangs), Ansprüche gegen den Anbieter (Betreuung, Klausurenkorrektur, Prüfung oder Zeugniserteilung) bestehen danach nicht mehr oder bedürfen einer besonderen Vereinbarung (Verlängerungsvereinbarung).

Für Inhaber von Bildungsprämiegutscheinen gelten u.U. andere Beendigungszeitpunkte. Insoweit sind die besonderen Bedingungen für Teilnehmer mit Bildungsprämiegutscheinen (unten) Bestandteil des Vertrages.

§ 6 Zulassungsvoraussetzungen

Die Teilnehmenden müssen mindestens über den mittleren Bildungsabschluss (mittlere Reife) und zusätzlich über eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem rechtlich qualifizierenden Ausbildungsberuf (Rechtsanwaltsfachangestellte, Notariatsfachangestellte, Steuerfachangestellte, Verwaltungsfachangestellte, Justizfachangestellte) verfügen. Daneben erfüllten auch Absolventen von Fachhochschul- oder Hochschulstudiengängen mit dem Schwerpunkt „Recht“ die Zulassungsvoraussetzungen.

In Ausnahmefällen können nach vorheriger Beratung auch Personen, die diese Voraussetzungen nur zum Teil erfüllen, im Einzelfall zugelassen werden, wenn zu erwarten ist, dass sie das Lehrgangziel auch ohne einen der genannten Bildungsabschlüsse erreichen werden.

§ 7 Erfolgskontrolle

Am Ende des Lehrgangs unterziehen sich die Teilnehmenden einer schriftlichen Prüfung. Dieser wird an drei verschiedenen Terminen im Jahr jeweils im Februar, im Juni und im Oktober angeboten. Die Prüfung findet jeweils vormittags, meist an einem Samstag, zwischen 9 Uhr und 13 Uhr statt. Der Test besteht aus einer Klausur mit Fragen und einem oder mehreren Abrechnungsfällen.

Für die Bewertung der Klausur wird das in der Juristenausbildung geltende 18-Punkte-System verwendet. Die Klausur gilt als bestanden, wenn mindestens die Note „ausreichend“ erreicht wird. Bei Nichtbestehen kann die Prüfung zweimal wiederholt werden. Als Hilfsmittel sind nur die Gesetzestexte und ein Taschenrechner (kein Smartphone oder Tablet) zugelassen.

Ein Täuschungsversuch während der Prüfung führt zum Ausschluss ohne Wiederholungsmöglichkeit. Als Täuschung gilt das Abschauen beim Nachbarn, der Austausch von Informationen mit anderen Personen, die Verwendung unzulässiger Hilfsmittel sowie die Anfertigung der Prüfung durch eine andere Person als den Teilnehmer.

Der Teilnehmer muss vor der Prüfung die 3 Einsendeklausuren einreichen. Diese dienen ausschließlich der Übung und Prüfungsvorbereitung, müssen also nicht bestanden werden.

Das 18-Punkte-System enthält folgende Skalierung: Sehr gut: 14,00 – 18,00 Punkte, gut 11,50 – 13,99 Punkte, vollbefriedigend: 9,00 - 11,49 Punkte, befriedigend: 6,50 – 8,99 Punkte, ausreichend: 4,00 – 6,49 Punkte, mangelhaft: 1,50 – 3,99 Punkte, ungenügend: 0 – 1,49 Punkte.

Die institutsinterne Prüfung ist nicht öffentlich-rechtlicher Natur.

§ 8 Kosten

Die Kosten des Lehrgangs belaufen sich auf 990,00 €, zahlbar in 9 monatlichen Raten zu je 110,00 €. In diesem Preis sind die gesamte Betreuungsleistung und die Zurverfügungstellung des Lehrmaterials in digitaler Form über das Internet enthalten. Eine zusätzliche Prüfungsgebühr fällt nicht an. Gegen einen Preis von 150,00 € erhält der Teilnehmer das Unterrichtsmaterial zusätzlich in Papierform als Ordner zugesandt.

Vorauszahlung: Bei Zahlung des Gesamtbetrages zu Lehrgangsbeginn wird die Einsparung von Verwaltungskosten für die im Falle der Ratenzahlung erforderliche Forderungsüberwachung an den Teilnehmer in Form der Gewährung eines Skontos in Höhe von 5 % weitergegeben. Eine rechtlich verbindliche Vorauszahlungsvereinbarung kommt hierdurch nicht zustande, so dass der Teilnehmer bis zum Ende der sonst üblichen Ratenzahlungsdauer die noch nicht fälligen Teilleistungen (§ 2 FernUSG) jederzeit zurückverlangen kann.

Weitere Kosten entstehen für die Anschaffung der Gesetzestexte in Höhe von ca. 20-30 €. Durch die Nutzung von Fernkommunikationsmitteln entstehen keine Kosten, die über die üblichen Gebühren, mit denen der Teilnehmer rechnen muss, hinausgehen.

§ 9 Fälligkeit

Die jeweiligen Teilzahlungsraten werden zum Dritten des Monats, beginnend mit dem Monat der Zugänglichmachung des Lehrmaterials, fällig. Wird das Lehrmaterial erst nach dem Dritten des Monats zugänglich gemacht, so wird diese erste Rate am dritten Tag nach dem Zugang fällig.

Zahlt der Teilnehmer im Laufe des Vertragsverhältnisses die fällige Rate und die Folgerate zum vereinbarten Zeitpunkt nicht, so wird die gesamte Restforderung sofort fällig.

§ 10 Kündigung

Nach § 5 des Fernunterrichtsschutzgesetzes kann der Teilnehmer den Fernunterrichtsvertrag ohne Angabe von Gründen erstmals zum Ablauf des ersten Halbjahres nach Vertragsschluss mit einer Frist von sechs Wochen, nach Ablauf des ersten Halbjahres jederzeit mit einer Frist von drei Monaten kündigen. Das Recht des Veranstalters und des Teilnehmers, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen, bleibt unberührt. Die Kündigung bedarf der schriftlichen Form (§ 126 BGB). Im Falle der Kündigung hat der Teilnehmer nur den Anteil der Vergütung zu entrichten, der dem Wert der Leistungen des Veranstalters während der Laufzeit des Vertrages entspricht.

§ 11 Besondere Bedingungen bei der Bildungsprämie

Vorbemerkung: Der Fernunterrichtsanbieter kann nur dann den Förderanteil bei der zuständigen Behörde anfordern, wenn eine vom Teilnehmer unterschriebene Teilnahmebestätigung (Vordruck) vorliegt, der Eigenanteil bezahlt (am besten vollständig, mindestens aber bis zur Höhe der Förderung) und die Weiterbildung beendet ist. Diese Voraussetzungen müssen bis zum Ende der Erstattungsfrist der jeweiligen Förderphase (vgl. Prämiegutschein) erfüllt sein, denn der Anbieter kann nur bis zu diesem Termin einen Antrag auf Auszahlung der Förderung stellen.

Vereinbarung: Um die Frist einhalten zu können, vereinbaren Anbieter und Teilnehmer, dass die Weiterbildung und damit die Betreuungsleistung einschließlich der Durchführung eventueller Prüfungen spätestens 3 Monate vor Ablauf der Erstattungsfrist enden. Der Teilnehmer trägt Sorge dafür, dass bis zu diesem Termin alle vom Fernunterrichtsanbieter geschuldeten und angebotenen Leistungen angenommen werden. Ggf. ist dabei der oben angegebene wöchentliche Zeitaufwand entsprechend zu überschreiten. Das komplette Lehrmaterial einschließlich der Klausurmusterlösungen wird dem Teilnehmer in jedem Falle überlassen. Bescheinigungen sowie Zeugnisse und Zertifikate können ebenfalls noch nach diesem Zeitpunkt ausgestellt werden. Bei Lehrgängen mit Prüfung ist zu beachten, dass die Prüfung in einem Zeitraum stattfinden muss, der 3 Monate vor dem Ablauf der Erstattungsfrist liegt.

§ 12 Wohnsitzwechsel

Der Teilnehmer verpflichtet sich, jeden Wohnsitzwechsel während der Laufzeit des Vertrages und bis zur vollständigen Bezahlung der Lehrgangskosten dem Veranstalter unter Angabe der neuen Anschrift unverzüglich mitzuteilen. Im Falle des Unterlassens trägt der Teilnehmer die Kosten notwendiger Ermittlungen.

§ 13 Gerichtsstandsvereinbarung und anzuwendendes Recht

Verlegt der Teilnehmer seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort nach Vertragsschluss aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes oder sind Wohnsitz oder Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Klageerhebung unbekannt, so wird als Gerichtsstand das Gericht, in dessen Bezirk der Veranstalter zum Zeitpunkt einer Klage seinen Sitz hat (Erfüllungsort), vereinbart.

Hat der Teilnehmer keinen Wohnsitz im Inland (Bundesrepublik Deutschland), so wird für Klagen des Veranstalters auf Zahlung der Lehrgangskosten vereinbart, dass örtlich zuständig das Gericht ist, in dessen Bezirk der Veranstalter zum Zeitpunkt der Klage seinen Sitz hat (Erfüllungsort), soweit eine solche Vereinbarung nicht aufgrund einer gesetzlichen Regelung oder einer internationalen Vereinbarung unzulässig ist.

Es wird vereinbart, dass auf diesen Vertrag deutsches Recht Anwendung findet, soweit dies nicht aufgrund eines Gesetzes oder einer internationalen Vereinbarung unzulässig ist.

§ 14 Datenschutzbestimmungen

Die im Vertrag angegebenen personenbezogenen Daten, die Lernaktivität (Einsendeklausuren, Einreichungs- und Korrekturdatum, Note) sowie die Zahlungs- und Buchhaltungsvorgänge werden automatisiert verarbeitet oder in einem Dateisystem gespeichert. Bei Online-Versionen der Lehrgänge werden darüber hinaus in einer Lernplattform Login-Daten und der Download von Dateien gespeichert.

Datenerhebung und -verarbeitung dienen ausschließlich der Abwicklung des Fernunterrichtsvertrages. Nach Vertragsbeendigung dient die weitere Aufbewahrung dazu, Aufbaulehrgänge zu vergünstigten Bedingungen und das nachträgliche Ausstellen von Bescheinigungen zu ermöglichen. Darüber hinaus dient die Verarbeitung der Erfüllung handels- bzw. steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten nach § 14 b UStG. Rechtsgrund für die Verarbeitung sind Art. 6 I b und c DS-GVO.

Ausschließlich zum Zwecke der Zugänglichmachung des Lehrmaterials können personenbezogene Daten an externe Dienstleister zum Ausdruck und Versenden des Unterrichtsmaterials übermittelt werden. Bei IHK-Lehrgängen können alle Daten zur Abwicklung des Vertrages an die IHK-Saarland übermittelt werden. Für die Korrektur von Einsendeklausuren werden Name, Vorname, Mailadresse und bei postalischen Klausuren die Anschrift an externe Korrektorinnen und Korrektoren ausschließlich zur Korrektur der Klausuren weitergegeben.

Die Dauer der Speicherung richtet sich nach dem Zweck der Speicherung. Sie beträgt mindestens 10 Jahre. Daten auf der Lernplattform für Online-Lehrgänge werden unmittelbar nach Lehrgangsbeendigung gelöscht. Wird nach Lehrgangsbeendigung die Löschung der übrigen Daten verlangt, sind weder vergünstigte Aufbaulehrgänge noch das nachträgliche Ausstellen von Bescheinigungen möglich.

Betroffene Personen haben das Recht auf Berichtigung unrichtiger und Vervollständigung unvollständiger Daten. Sie haben im Rahmen des Art. 17 DS-GVO das Recht auf Löschung und im Rahmen des Art. 18 DS-GVO das Recht auf Einschränkung. Bei wirksamer Einschränkung dürfen die Daten bis auf die Speicherung nur noch mit Einwilligung verarbeitet werden. Die betroffene Person hat das Recht auf Übertragung der Daten nach Maßgabe von Art. 19 DS-GVO.

Ort, Datum

Unterschrift Teilnehmer/in

Datum

Veranstalter

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Zugänglichmachung des Unterrichtsmaterials (bei Teillieferungen mit Zugänglichmachung des ersten Teiles) durch Zugang der Zugangsdaten oder Zugang in Papierform. Sind von Anfang an beide Lieferformen vereinbart, beginnt die Frist bei Zugang beider Lieferarten. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (ZAR, Wendalinusstr. 2, 66606 St. Wendel, Tel: 06851-9742715, Fax 06851-9742716, Mail zar@zar-fernstudium.de) mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Zahlungen, die wir erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet. Sie haben die Waren unverzüglich und in jedem Fall spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag, an dem Sie uns über den Widerruf dieses Vertrags unterrichten, an uns zurückzusenden oder zu übergeben. Die Frist ist gewahrt, wenn Sie die Waren vor Ablauf der Frist von vierzehn Tagen absenden. Sie tragen die unmittelbaren Kosten der Rücksendung der Waren. Sie müssen für einen etwaigen Wertverlust der Waren nur aufkommen, wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang mit ihnen zurückzuführen ist. Ende der Widerrufsbelehrung Für einen Widerruf kann z. B. die nachfolgende Formulierung aus der Anlage 2 zu Art. 246 a, § 1 EGBGB (Muster-Widerrufsformular) verwendet werden:

An das

ZAR

Zentrum für Aus- und Fortbildung im Recht

Wendalinusstr. 2

66606 St. Wendel

Fax: 06851-9742716

E-Mail: zar@zar-fernstudium.de

Hiermit widerrufe ich den von mir abgeschlossenen Fernunterrichtsvertrag.

Bestellt am:

Name des Teilnehmers / der Teilnehmerin

Anschrift des Teilnehmers / der Teilnehmerin

Unterschrift des Teilnehmers / der Teilnehmerin (nur bei Mitteilung auf Papier)

Datum